

Gentech-Moratorium kommt ins Parlament

Ab in die Verlängerung

Das geltende Gentech-Moratorium läuft Ende 2010 aus. Jetzt bereitet der Bundesrat einen Vorschlag für eine Verlängerung bis 2013 vor. Ob sich das Parlament überzeugen lässt?

In den letzten Novembertagen 2010 würde es juristisch enden und – weil im Winter kein Mais gesät wird – im April 2011 faktisch: das Moratorium für den kommerziellen Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen. Das 2005 durch Volksabstimmung beschlossene Moratorium gilt fünf Jahre. Am 23. Mai 2008 trafen sich Vertreterinnen und Vertreter jener Organisationen, die mit der Gentechfrei-Initiative das Moratorium errungen hatten, zum Moratoriums-Halbzeittreffen. Man war sich einig, dass in der Schweizer Landwirtschaft weiterhin auf Gentech-Pflanzen verzichtet werden soll. Die SAG erhielt als Plattform der gentechnikkritischen Konsumenten-, Bauern-, Tierschutz- und Umweltorganisationen den Auftrag, sich politisch für die Moratoriums-Verlängerung einzusetzen.

In der Lebensmittelbranche beobachtet man sowohl die Marktlage wie auch die Politik. Migros und Coop begrüßen, dass der Bundesrat eine Verlängerung des Anbau-Moratoriums angedacht hat. Über den Weg eines Parlamentsentscheides, darin sind sich alle politischen Beobachter einig, könnte das Moratorium verlängert werden, ohne dass Befürworter und Gegner erneut einen erbitterten Abstimmungskampf führen müssen. Bevölkerungs-Umfragen sprechen eindeutig dafür, dass das Abstimmungsergebnis der Gentechfrei-Initiative noch immer die Mehrheiten in der Gesellschaft widerspiegelt.

Kanton Bern eilt voraus

«Wie kurz fünf Jahre sind!» Kathy Hänni *erchlüpfte*, als sie zum Halbzeittreffen der Gentechfrei-Initiative eingeladen wurde. Die Biobäuerin überzeugte im Berner Grossen Rat kurz entschlossen 75 KollegInnen aus allen Parteien, einen Vorstoss mit zu unterzeichnen. Der Kanton solle den Bundesrat auffordern, das Moratorium um mindestens drei Jahre zu verlängern. «Logisch Bern», sagt Kathy Hänni, «schliesslich ist der Kanton Bern der grösste Landwirtschaftskanton der Schweiz». Im März 2008 beschlossen der Regierungsrat und 112 von 160 ParlamentarierInnen die Standesinitiative und schickten sie auf kürzestem Weg vom Berner Rathaus ins Bundeshaus.

Im Departement UVEK (U=Umwelt) traf aus Genf eine gleich lautende Standesinitiative ein, andere Kantone doppelten mit Motionen nach und auch die Medien griffen das Thema auf. UVEK-Chef Moritz Leuenberger liess die Idee einer Moratoriums-Verlängerung frühzeitig von seinen Fachleuten prüfen. Bereits im April erteilte der Bundesrat grünes Licht, eine Botschaft an das Parlament vorbereiten zu lassen. Der Bundesrat anerkannte, dass der Verzicht auf Gentechnik bei Lebensmitteln und in der Landwirtschaft auf breite Befürwortung stösst.

Verlängerung durch das Parlament?

Für Bundesrat Leuenberger und seine RegierungskollegInnen spricht ein zweites Argument für die Verlängerung des Moratoriums. Es betrifft das Forschungsprogramm des Schweizerischen Nationalfonds über «Chancen und Risiken von Freisetzungen gentechnisch veränderter Pflanzen». Das Programm startete 2007 und wird erst 2012 abgeschlossen. Es wäre unlogisch, die politische

Auseinandersetzung über eine zweite Gentechfrei-Initiative gerade dann zu führen, wenn die Forschenden noch an der Arbeit sind. Denn eine zweite Initiative wird ergriffen, wenn Bundesrat und Parlament nichts unternehmen. Für den Bundesrat ist ein vernünftiger politischer Fahrplan wichtiger als das Für und Wider zur Gentechnik.

Noch ist im politischen Kampf für das Moratorium nichts gewonnen. Die SAG und ihre aktiven Trägerorganisationen werden sich mit Geduld und Hartnäckigkeit wappnen müssen, damit die Bundesmechanik nicht den Elan abwürgt, von dem die Verlängerungsidee in fast schon unschweizerischer Manier bisher erfasst ist. Die Gegner des Moratoriums reagieren: Irritiert über den sonst wirtschaftsfreundlichen Bundesrat haben economiesuisse, Internutrition und andere Lobbyisten der Gentech-Industrie im Bundeshaus ihre «Krokodile» losgelassen.